XII. Öffentliches Sanitätswesen.

Die ärztlichen Gebühren vor Gericht unter Bezugnahme auf das Koch'sche Heilverfahren und die geltende Gesetzgebung.¹⁾

Von Geh. Med.-Rath Dr. Oscar Schwartz.

Wir alle, meine Herren, haben während der letzten Wochen hinreichende Gelegenheit gefunden, das neue Koch'sche Heilverfahren in den diesseitigen Krankenanstalten zu beobachten, und uns überzeugt, welche ungewöhnlichen Anforderungen die Anwendung dieses Verfahrens in Verbindung mit den neueren diagnostischen Hilfsmitteln an die Hospitalärzte stellt, wenn die gehofften günstigen Wirkungen eintreten und nachtheilige, selbst tödtliche Folgen vermieden werden sollen. Jeder von uns wird sich dabei schon die Frage vorgelegt haben: Bin ich imstande, diese Sorgfalt und Pflege, diese Tag und Nacht andauernde Beaufsichtigung auch meinen an Tuberculose leidenden Kranken in ihren häuslichen Verhältnissen zu verschaffen, oder bin ich genöthigt, alle Tuberculösen, welche zur Anwendung des Koch'schen Heilverfahrens meine Hilfe beanspruchen, sofort nach Feststellung des Krankheitszustandes einer geeigneten Krankenanstalt zu überweisen? Bekanntlich können nun aber bei der sehr grossen Verbreitung der tuberculösen Erkrankungen nicht annähernd alle derartigen Kranken der Anstaltsbehandlung übergeben werden, wenn auch die Zahl der Sanatorien verdreifacht würde, und ausserdem ziehen bemittelte Kranke, die in hygienisch günstigen häuslichen Verhältnissen leben, in der Regel die Behandlung durch ihren Vertrauensarzt vor. Hieraus folgt, dass in Zukunft auch die Koch'sche Heilmethode nicht nur von den Hospital-, sondern auch von den Privatärzten ausgeübt werden muss, und zwar wahrscheinlich mit noch weit grösserem Aufwand von Zeit und Mühe, wie in den Krankenanstalten. — Der Schwerpunkt des neuen Heilverfahrens liegt ja nach den eigenen Worten Koch's in der möglichst frühzeitigen Anwendung, und diese wird ohne verständnisvolle Mitwirkung der Hausärzte nicht möglich sein, mögen nun die Kranken in ihrer Häuslichkeit bleiben oder behufs besserer Verpflegung später den Anstalten überwiesen werden. Koch sagt in seiner letzten Publication vom 14. November wörtlich: „Ein Arzt, welcher es unterlässt, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, namentlich mit Hilfe der Untersuchung des verdächtigen Sputums auf Tuberkelbacillen, die Phthisis so früh als möglich zu constatiren, macht sich einer schweren Vernachlässigung seines Kranken schuldig, weil von dieser Diagnose und der auf Grund derselben schleunigst eingeleiteten specifischen Behandlung das Leben des Kranken abhängen kann. In zweifelhaften Fällen sollte sich der Arzt durch eine Probeinjection die Gewissheit über das Vorhandensein oder Fehlen der Tuberculose verschaffen.“ Mikroskopische Untersuchung des Sputums, genaue physikalische Untersuchung der Brustorgane, Harnanalyse, Probeinjection und Controlle derselben durch Thermometrie, wiederholte Besuche zu Tag- und Nachtzeit sind also die Anforderungen, welche an den behandelnden Arzt bei Anwendung des Koch'schen Heilverfahrens gestellt werden, wenn er dem Vorwurf der Fahrlässigkeit entgehen will. — Da sich nun in letzter Zeit, wie Ihnen allen aus den Tagesblättern bekannt geworden, auch bei Anwendung des Koch'schen Heilmittels die leidige Finanzfrage in den Vordergrund drängt, und bereits die schwersten Anschuldigungen gegen einzelne Aerzte bezüglich übertriebener Gebührenforderungen erhoben worden sind, bin ich Ihrer Aufforderung bereitwillig gefolgt, die Frage hier zu erörtern, welche Gebühren der praktische Arzt nach der geltenden Gesetzgebung überhaupt und im besonderen bei Anwendung der Koch'schen oder einer anderen neuen Heilmethode in Streitfällen zu beanspruchen berechtigt sei? — Nach meiner bezüglichen Auffassung sind nun bis zum heutigen Tage für die Gebührenforderungen der preussischen Aerzte sowohl bei allen öffentlichen Kassen, wie bei Streitfällen vor Gericht der § 80 der deutschen Gewerbeordnung vom 1. Juli 1883, die durch spätere Ministerialerlasse declarirte und ergänzte Medicinalpersonentaxe vom 21. Juni 1815, sowie für die Besorgung gerichtsarztlicher, medicinal- oder sanitätpolizeilicher Geschäfte die Gesetze vom 9. März 1872 und vom 17. September 1876 maassgebend. Im § 80 der Gewerbeordnung heisst es aber wörtlich: Die Bezahlung der approbirten Aerzte bleibt der Vereinbarung überlassen. Als Norm für streitige Fälle im Mangel einer Vereinbarung können jedoch von den Centralbehörden Taxen festgesetzt werden.

Da also seit der Medicinaltaxe vom 21. Juni 1815 keine andere preussische Medicinalpersonentaxe erlassen worden ist, so bleibt die genannte alte Taxe bezüglich Feststellung der ärztlichen Gebühren für Verwaltungs- und Gerichtsgebühren Norm, trotz aller auch nach meinem Erachten ärztlicherseits begründeten Klagen und Beschwerden. — Vergleichen wir einzelne Sätze der preussischen Taxe von 1815 mit den heutigen, vollständig veränderten, besonders zeitraubenden und mühevollen Untersuchungs- und Heilmethoden, sowie mit dem während der letzten 75 Jahre mindestens um das vierfache gesunkenen Geldwerth, so wird niemand die Berechtigung der ärztlicherseits geführten bezüglichen Klagen bestreiten können. Bestehen doch beispielsweise in dieser Taxe noch folgende Bestimmungen:

14. Für Besuche innerhalb der Städte und Vorstädte 1—2 Mk. ohne freie Fuhre. Die Entfernungen können für den hiesigen Stadtkreis nahezu 18 Mk. betragen.

22. Für Tage lang dauernde Reisen über Land täglich 9 Mk. mit freier Fuhre.

13. Für sämtliche Besuche innerhalb 24 Stunden ohne Rücksicht auf Zahl und Tageszeit 9 Mk.

12. Auch bei den wichtigsten Krankheiten dürfen auf den Tag nur 2 Besuche berechnet werden, wenn der Arzt nicht zu mehreren vom Kranken aufgefordert wird, über deren Nothwendigkeit die sachkundige Behörde entscheidet.

¹⁾ Ein am 22. December 1890 im allgemeinen ärztlichen Verein zu Köln gehaltenen Vortrag.

Schliesslich kommt noch der Ministerialerlass vom 14. Januar 1874 mit 0,50 Mk. für eine subcutane Injection hinzu.

Unter diesen letztgenannten Satz würde also auch die Injection des Koch'schen Heilmittels fallen.

Dass alle die genannten Taxbestimmungen noch maassgebend sind für die richterlichen Beurtheilungen geht deutlich hervor aus § 4 der neuen gesetzlichen Concursordnung, nach welcher alle ärztlichen Forderungen zwar ein Vorrecht geniessen, aber nur inso weit, als der Betrag der Forderungen den Betrag der taxgemässen Gebühren nicht übersteigt.

Die grosse Reformbedürftigkeit der preussischen Medicinaltaxe ist nun schon seit 15 Jahren auch vom königlich preussischen Ministerium ausdrücklich anerkannt worden, wie dies hervorgeht aus einem betreffenden Ministerial-Erlass vom 14. August 1876, durch welchen ein vollständig ausgearbeiteter Taxentwurf allen Regierungen zur Begutachtung vorgelegt und wenigstens von der diesseitigen Regierung zustimmend begutachtet wurde. Es fehlen in dem genannten Entwurfe die meisten veralteten nicht mehr zeitgemässen Bestimmungen der Taxe von 1815, und waren fast alle Positionen für ärztliche, wundärztliche und geburtshülfliche Einrichtungen in ihren höheren Stufen wesentlich, oft um das doppelte und dreifache erhöht.

Trotzdem ist aber dieser Entwurf nicht zur Gültigkeit gelangt, sondern wurde zu den Acten gelegt, weil damals ein Theil der Aerzte sich für Abschaffung jeder Medicinaltaxe aussprach, und dieser Gegenströmung höheren Orts Rechnung getragen wurde. — Wir sind demnach wieder 14 Jahre lang bei der alten Taxe von 1815 geblieben, deren 75jährige Jubelfeier wir im laufenden Jahre begehen konnten. Man kann nun allerdings die lege ferenda verschiedener Ansicht sein, ob überhaupt eine revidirte oder gar keine Taxe den ärztlichen Interessen mehr entspreche? Aber, meine Herren, es handelt sich hier nicht um ein zu erlassendes, sondern um ein bestehendes die Taxen der Landescentralbehörden aufrecht haltendes Reichsgesetz, welches auch 1883 bei Gelegenheit der Revision der Gewerbeordnung nicht abgeändert worden ist. Im Jahre 1869, wo die Doctrin über das freie Spiel der Kräfte vorherrschte, und die ganze Heilkunst freigegeben wurde, erschien trotzdem der § 80 der Gewerbeordnung in seiner jetzigen Fassung, ein Beweis, dass man auch damals eine Medicinaltaxe für Bedürfniss hielt.

Meines Erachtens ist also der Kampf für Aufhebung jeder Medicinaltaxe auf absehbare Zeit absolut aussichtslos, und wer nicht dafür ist, dass alles beim Alten bleibe, den Aerzten und ihren Angehörigen ein nicht unerheblicher Theil ihrer wohlverdienten Gebühren auf dem Wege der administrativen Festsetzung oder richterlichen Entscheidung verloren gehe, der muss die durch die preussischen Aerztekammern wieder aufgenommenen Bestrebungen unterstützen, eine den Bedürfnissen der Neuzeit und der Krankenbehandlung entsprechende Medicinaltaxe zu schaffen, deren höhere Sätze auf den Steuerzettel der oberen Zehntausend passen, deren untere Sätze aber auch von den wenig Bemittelten ertragen werden können. Die Ueberforderung oder Prellerei entspricht meines Erachtens ebenso wenig den Interessen der Krankenbehandlung und der Würde unseres Standes, wie das Unterbieten auf dem Wege der Licitacion. — Welche Stimmung aber in einzelnen Kreisen über den bisherigen Vertrieß des Koch'schen Heilmittels herrscht, geht aus einem in der Kreuzzeitung vom 10. v. Mts. abgedruckten Nothschrei hervor:

„Die Reichen können das Koch'sche Heilmittel bezahlen; was sind für sie 300 Mk. für eine Injection! Hier gilt's: „Wir können's, Ihr könnt's nicht.“ Auch für die Armen wird Gottlob gesorgt durch Krankenhäuser und Freistellen. Aber der Mittelstand? Er ist nicht so reich, dass er die Zahlung von 300 Mk. erschwigen könnte, ohne sich zu ruiniren, und nicht so arm, dass er freie Behandlung verlangen könnte, von welcher ihm auch sein Ehrgefühl abhält. Der deutsche Mittelstand steht bei diesem Heilverfahren als der Enterbte, der geduldi wartet und sterben kann.“

Auch unser Herr Ressortminister fand es bei Gelegenheit der Graf'schen Interpellation in der preussischen Kammer für angemessen, dass die Aerzte von den Reichen etwas mehr in Anspruch nehmen, wie nöthig, um es wieder im Dienste der Menschheit zu verwenden.

Um dieser Mahnung des Herrn Ministers aber nachkommen zu können, bleibt immer eine vorherige Vereinbarung und Zahlungsbereitswilligkeit seitens der Reichen erforderlich, die nach allgemeiner Erfahrung nicht immer vorhanden ist. Hier gilt noch häufig das römische Sprichwort: „Post morbum medicus olet.“ Würde ein Millionär nach beendeter Koch'scher Cur dem Arzt gegenüber sich auf den Standpunkt des Ministerial-Erlasses vom 14. Januar 1874 stellen, so würde der Arzt vor Gericht seine höheren Forderungen nicht durchsetzen können, da der Richter bei Reich und Arm nur nach gehörig publicirten Gesetzen und Verordnungen der zuständigen Behörden sein Urtheil fällen kann. Die Aerzte können ja fordern, was sie wollen; die jetzige Gesetzgebung hindert sie auch nicht, in ihren Wartezimmern mit grosser schwarzer Schrift auf weissem Schild anzuschlagen: 50 Mk. für die erste, 20 für die folgenden Berathungen, wie ich dies noch kürzlich bei einem sehr gesuchten, weltberühmten Spezialarzt fand. Das sind aber Ausnahmen. Die Mehrzahl der praktischen Aerzte wird sich leider daran erinnern müssen, dass auf 100 Kranke kaum 6 kommen, deren Jahreseinnahme 1500 Mk. übersteigt, bei welchen also von derartigen Forderungen gar nicht die Rede sein kann.

Wir wollen also hoffen und wünschen, dass wir bald auf einmüthigen Antrag unserer Aerztekammern eine Medicinaltaxe erhalten, welche vor allem den Bedürfnissen der neuen Krankenbehandlung, dann aber auch den berechtigten finanziellen Interessen der Aerzte und der Kranken billige Rechnung trägt.

So lange nun aber die alte preussische Taxe noch besteht, möchte ich mir am Schluss meines Vortrages gestatten, Ihnen einige Winke zu geben, durch deren Befolgung Sie auch schon jetzt bei Festsetzungen durch die Verwaltungsbehörde oder in Streitfällen vor Gericht Ihre und Ihrer Kranken Interessen möglichst wahren können.

Es empfiehlt sich vor allem, unter Angabe der Krankheit die Liquidation specificirt auszustellen und diejenigen ärztlichen Verrichtungen speciell anzuführen, welche als der neuen Heilkunde angehörig, in der Medicinaltaxe von 1815 nicht enthalten sind, wie mikroskopische Untersuchung des Sputums, Analysen des Harns, neuere Operationen und Verbände u. s. w.

Der revidirende Beamte oder im Streitfall der Sachverständige vor Gericht wird dann eher im Stande sein, die Angemessenheit der liquidirten Beträge zu begutachten und ihren betreffenden Ansprüchen gerecht zu werden. Die Oberrechnungskammer verlangt beispielsweise für die von Aerzten im Sinne des § 3 des Gesetzes vom 9. März ausgestellten wissenschaftlich begründeten Gutachten, welche nach ihrer Schwierigkeit mit 6 bis 24 Mk. honorirt werden, Angabe der Tage- und Stundenzahl, die auf die Arbeit verwendet worden. Die Gerichtsbehörden haben deshalb die betreffenden Gutachten, wenn sie nicht als vollwerthige erscheinen, der zuständigen Regierung zur Feststellung der Taxe einzusenden.

Es ist nicht zu schwer, der genannten Vorschrift zu entsprechen, wenn man sich gleich nach Abgabe des Gutachtens die verwendete Zeit notirt, um Weiterungen zu vermeiden. Nach § 10 des vorgenannten Gesetzes haben Sie nicht ohne weiteres Anspruch auf die höheren und höchsten Sätze, sondern es ist in jedem einzelnen Falle die Schwierigkeit des Geschäfts und der Zeitaufwand nachzuweisen, worauf die zuständige Regierung endgültig über die Angemessenheit des liquidirten Betrages zu entscheiden hat.

Bekanntlich müssen wir Aerzte nicht selten über die von uns behandelten Kranken oder Verletzten sowohl im Civil- wie Strafprozessverfahren beim gerichtlichen Termin sachkundiges Zeugnis ablegen, welches sich also auf die bei der Behandlung wahrgenommenen Thatsachen und Zustände zu beziehen hat. — Die Aerzte fungiren dann vor Gericht als sachverständige Zeugen und haben als solche auch nur Anspruch auf Zeugengebühr oder, falls sie beamtete Aerzte sind, auf keinerlei Gebühr trotz grösseren Zeitaufwandes. Dieses Verfahren, gegen welches sich bekanntlich ein Antrag des vorjährigen deutschen Aertztages richtete, beruht auf § 379 der Civilprocessordnung. „In so weit zum Beweise vergangener Thatsachen oder Zustände, zu deren Wahrnehmung besondere Sachkunde erforderlich war, sachkundige Personen zu vernehmen sind, kommen die Vorschriften über den Zeugenbeweis zur Anwendung.“ Es ist also nach meinem Erachten keine Aussicht auf Abänderung dieses auf der vorgenannten gesetzlichen Bestimmung gestützten gerichtlichen Verfahrens, und habe ich auch damals dem Collegen Samelson gegenüber, der den betreffenden Antrag im Aertztage vertrat, meine bezügliche Ansicht nicht vorenthalten.

Wohl aber weiss ich aus eigener Erfahrung, dass der als Zeuge vorgeladene Arzt, wenn ihm vom Richter Fragen gestellt werden, die sich nicht auf seine im vorliegenden Falle gemachten eigenen ärztlichen Wahrnehmungen beziehen, sondern nur nach Maassgabe seiner allgemeinen medicinischen Kenntnisse und Erfahrungen beantwortet werden können, mit Erfolg den Antrag stellen kann, nunmehr als eigentlicher Sachverständiger vernommen zu werden unter Bezugnahme auf § 371 des vorgenannten Gesetzes, nach welchem ein Ablehnungsgrund eines Sachverständigen nicht daraus entnommen werden kann, dass der Sachverständige als Zeuge vernommen ist.

Ich wurde beispielsweise, und dieser Fall wird die verschiedene Stellung des sachverständigen Zeugen und des Sachverständigen verständlich machen, noch kürzlich als Zeuge vor Gericht geladen in Sachen eines von mir vor 18 Jahren behandelten, später in die Behandlung anderer Aerzte übergegangenen Mannes, der infolge eines 1872 erlittenen schweren Eisenbahnunfalles in chronisches Siechthum und Lungenschwindsucht verfallen und schliesslich gestorben war. — Ich gab in diesem Falle mein Zeugnis nach Maassgabe der Notizen meines Tagebuchs und meines Gedächtnisses ab. Als ich aber gefragt wurde, ob der betreffende Mann infolge einer mit dem erlittenen Unfall in ursächlichem Zusammenhange gestandenen Krankheit gestorben sei, erklärte ich, dass ich diese Frage nur nach Einsicht der Acten und Kenntnissnahme der bereits abgegebenen ärztlichen Atteste und sonstigen Zeuenausagen als Sachverständiger beantworten könne. Ich legte deshalb den vorgeschriebenen Sachverständigeneid ab, begutachtete den Fall nach Einsicht der mir vorgelegten Acten, worauf mir auch ohne weiteres die gesetzlichen Sachverständigengebühren angewiesen wurden. — Ich kann also nur raten, in ähnlichen Fällen gerade so zu verfahren und auf Grund der genannten gesetzlichen Bestimmungen sich mit der für den Einzelfall zuständigen Gerichtsbehörde zu verständigen.

In der letzterschiedenen No. 49 des diesjährigen ärztlichen Centralanzeigers finden Sie beispielweise folgende, die ärztlichen Gebühren vor Gericht betreffende Anfrage eines Dr. Sch. in U.:

„Eine principiell so wichtige Frage, wie die gerichtsarztlichen Liquidationen, Reisekosten und Tagegelder, bedürfte, wie aus den Anfragen hervorgeht, einer einheitlichen Regelung und sachkundigen Auseinandersetzung. So möchte ich wieder die Frage stellen, ob folgende Liquidation in Ordnung ist? Es handelt sich nämlich um ein Entmündigungsverfahren wegen Geisteskrankheit.“

Berechnung der Gebühren:

1. Entfernung des Aufenthaltsortes vom Orte der Vernehmung 4,61 km.
2. Zeit des Termins von 8¹/₂—9³/₄ Uhr.
3. Versäumte Zeit 4 Stunden.

Da die Geisteskranke im Termin nicht erschien, wurde neuer Termin in der Behausung abgehalten zur Vernehmung der zu entmündigenden Person und Abgabe des Gutachtens zu Protokoll = 2 Stunden. Also 6 Stunden à 1 Mk. 60 Pfg. Reiseentschädigung für 10 km Landweg à 0,05 = 50 Pfg. Summa 10 Mk. 10 Pfg.

Ich möchte nun wissen: 1) Steht dem Arzte, wenn er seinen Wagen braucht, auf dem Landwege keine höhere Vergütung zu als 0,05 Pfg., in diesem Falle also 50 Pfg. für 10 km? Welcher Lohnkutscher wäre dafür zu haben? Muss ich in meinem Domicil 1¹/₂ km in die Wohnung des Exploranden gehen, mit dem Gerichte eine Person untersuchen und das Resultat

zu Protokoll dictiren für 3 Mk. 20 Pfg.? Es ist doch selbstverständlich, dass mir der ganze Nachmittag damit verloren ging. Noch schöner ist die Sache, wenn man als Zeuge geladen wird. So war ich auf 10 Uhr vor das Amtsgericht als Zeuge geladen, musste wieder 10 km Landweg abfahren und erhielt für alles zusammen, sage und schreibe 4 Mk. 10 Pf.“

Nach den preussischen Gesetzen hätte der anfragende Herr als Sachverständiger in gerichtlichen Angelegenheiten bei Reisen auf dem Landwege nicht 5, sondern 50 und ausserdem 9 Mk. Tagegelder, am Wohnort für Abwartung des Termins 6 Mk. und für das schriftlich begründete Gutachten, welches in Entmündigungssachen erforderlich ist, 6–24 Mk. nach dem Zeitaufwand beanspruchen können.

Auf diese Art wäre doch im vorliegenden Falle für die Function als Sachverständiger eine weit höhere Gebühr zu beanspruchen gewesen, während die Zeugengebühren allerdings die Auslagen für eigenes Gefährt nicht zu decken pflegen, und nur der Fussgänger auf seine Kosten kommt.

Ebenso schlimme Erfahrung, wie der obige Herr, hat ein anderer Arzt kürzlich mit der Taxe gemacht, welcher für den ersten Besuch, der vom Kranken sofort bezahlt wurde, eine Gebühr noch unter der Taxe in Anspruch nahm; für die folgenden Besuche aber, welche nicht bezahlt wurden, später die höchste Taxe in Rechnung stellte. Der Patient weigerte sich aber, die höhere Taxe zu bezahlen, da durch die Annahme des geringeren Betrages eine Vereinbarung stattgefunden habe. Das Gericht entschied mit Rücksicht auf die betreffende Bestimmung der Gewerbeordnung, nach welcher nur bei Mangel der Vereinbarung die Medicinaltaxe gilt, zu Gunsten des Verklagten, und so wurde selbst eine nach der Taxe von 1815 aufgestellte Rechnung zurückgewiesen.

Sie sehen aus vorstehenden Beispielen, wie nothwendig für jeden Arzt die Kenntniss der für seinen Beruf erlassenen Gesetze und Verordnungen ist, um sich vor Schaden zu schützen, und dass auch hier das Sprichwort gilt: *Ignorantia juris nocet!*